Nr. 302. 17. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3412) ohne Bringegeld viertelj. M 3,60; durch die Kolporteure wöchentl. 30 ₰ frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Stenzel in Hamburg.

Dienstag, den 29. Dezember 1903.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet. Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux. Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Arbeiter! Parteigenossen! Gedenket der kämpfenden Weber in Crimmitschau!

Hierzu eine Beilage.

Die Kosaken im Frack.

Ob das finstere und drohende Kriegsgewölk, das über Ostasien hängt, wieder sich zerstreuen oder ob es die Welt mit Blitz- und Donnerschlägen erschüttern wird, darüber kann im Augenblick niemand Gewißheit gewinnen. Aber soviel steht fest, daß nun dort eine ständige Kriegsgefahr besteht und daß früher oder später ein Ausbruch kommen wird. Er wäre vielleicht schon da, wenn die russische Regierung mehr Truppen und Schiffe in Ostasien beisammen hätte, und die Gefahr ist doppelt groß, weil die Japaner gern losschlagen möchten, bevor sie es mit einer russischen Uebermacht zu tun haben.

Die Situation hat sich rasch so zugespitzt, wie es von allen einsichtigen Leuten nach Beendigung des chinesischen Feldzuges befürchtet wurde.

Während im Haag die von der russischen Diplomatie arrangierte Friedenskomödie sich abspielte, wurden die russischen Streitkräfte in Asien vermehrt und die Wirren in China wurden vorbereitet, bei denen russische Agenten die Hand im Spiele hatten. Die Mächte vereinigten sich zu dem Feldzug in China, das heißt sie nahmen Rußland die Mühe und die Kosten ab, wobei zugleich durch die Teilnahme am Feldzug ihre Eifersucht beschwichtigt wurde. Alsdann erfolgte die drohende Erklärung Rußlands, daß keine Macht chinesisches Gebiet an sich reißen dürfe; anderenfalls, war ganz deutlich gesagt, werde Rußland mit bewaffneter Macht einschreiten. Zugleich aber annektirte Rußland eine der besten Provinzen Chinas, nämlich die Mandschurei, und wie zum Hohne ließ die russische Diplomatie die freche Erklärung verbreiten, die chinesische Regierung habe die Mandschurei als Geschenk an Rußland abgegeben, wahrscheinlich zur Belohnung für die uneigennützigen und edelmütigen Bemühungen Rußlands um China. Dazu wurde der weitere Hohn gefügt, Rußland werde die Mandschurei wieder herausgeben, sobald die Zustände in China wieder geordnet seien. Es gab wohl in ganz Europa keinen Menschen mit gesunden Sinnen, der dies jemals geglaubt hätte; gewisse superkluge Diplomaten aber stellten sich, als glaubten sie daran. Die Besetzung der Mandschurei mußte von Japan als eine Bedrohung aufgefaßt werden und so ist dort in Ostasien die Kriegsgefahr entstanden; es hat sich dort ein Wetterwinkel gebildet, der nunmehr die Welt in steter Beunruhigung halten wird. Selbst wenn der Krieg noch eine Zeitlang vermieden wird, so wird der neue Wetterwinkel doch unaufhörlich seine unheilvolle Wirkung auf die ganze Kulturwelt ausüben; die Kriegsgefahr treibt die Mächte zu neuen Rüstungen und verbreitet Erschöpfung. Rußland gewinnt auf alle Fälle dabei, denn es pumpt von der europäischen Kapitalistenwelt immer neue große Summen, die es niemals zurückzahlen wird. Europa trägt die Kosten für die russischen Rüstungen, welche die Unterwerfung Europas unter das russische Joch vorbereiten sollen.

Das alles sieht die europäische Diplomatie sehr wohl und kann es nicht hindern. England ist isoliert; in Frankreich hält die nervöse und korrumpierte Bourgeoisie immer noch an der russischen Allianz fest, obschon doch die Gefahr eines deutschen „Ueberfalls“ seit dem Sturze Bismarcks nicht mehr besteht. Man kann sehen, wohin der Großmachtskitzel führt, denn er allein ist es doch, der die herrschenden Klassen der französischen Republik dazu bringt, ein Bündnis mit dem Zarentum aufrecht zu erhalten. Niemals sind die Grundsätze von 1789 schmählicher verleugnet worden, als gerade von dieser republikanischen Bourgeoisie.

Bei uns in Deutschland sprechen die leitenden Staatsmänner von dem „verbündeten“ und „befreundeten“ Rußland; der Reichstagspräsident weist Angriffe auf die russische Regierung als „unzulässig“ zurück und die deutschen Justizbehörden sind der russischen Regierung gefällig, indem sie deutsche Staatsbürger des Hochverrats und der Beleidigung des Zarentums anklagen, weil dieselben russische Gesinnungsgenossen im Kampfe gegen den russischen Despotismus unterstützt haben.

Es ist gerade, als ob das sogenannte Testament „Peters des Großen“, diese mit stammenswertem Scharfsinn abgefaßte Enthüllung der Endziele der russischen Politik, wörtlich durchgeführt werden sollte. Und dabei hilft die bürgerliche Demokratie in Frankreich genau so mit, wie anderwärts die reaktionären Elemente.

Man gewinnt immer mehr die Ueberzeugung, daß sich die alten Mächte der Reaktion so sehr an Rußland anklammern und sich alles von ihm gefallen lassen, weil sie in dieser Macht eine letzte Stütze gegen die sozialistische Bewegung zu besitzen glauben, wenn diese einmal so stark wird, daß ihr die öffentliche Macht zufällt.

In diesem Falle werden sie sich täuschen. Der Sozialismus ist auch in Rußland bereits eine Macht geworden und wird in absehbarer Zeit so stark werden, daß die russische Regierung genug zu tun haben wird, um sich noch gegen denselben zu behaupten, und daß sie auf den Luxus, die politische Gendarmerie für ganz Europa zu spielen, wohl bald verzichten wird.

Wir erfahren wenig von dem, was im Innern Rußlands vorgeht. Die Zeitungen stehen dort ja unter einer barbarischen Zensur und dürfen nichts berichten von den Wirren, die in Rußland herrschen. Nach dem Wenigen zu urteilen, was über die russischen Grenzpfähle herausdringt, befindet sich ein guter Teil der russischen Bevölkerung in fortwährendem erbittertem Kampfe mit den Behörden. Was „Recht“ und „Gerechtigkeit“ in Rußland heißt, konnte man aus den Verhandlungen des Kischinewer Prozesses sehen. Die akademische Jugend und die klassenbewußten Arbeiter in Rußland, deren Zahl mit ungeheurer Schnelligkeit zunimmt, wagen manchmal das äußerste und scheuen die grausame Verbannung nach Sibirien nicht, um gegen ihre Bedrücker zu demonstrieren, gegen ihre Peiniger zu protestieren. Die Streiks gleichen manchmal Scharmützeln. Im Heere zeigen sich Symptome von demokratischen Verschwörungen und die Aufstände und Tumulte der ausgeplünderten und ausgehungerten Bauern nehmen kein Ende.

Keine Frage — das System des russischen Despotismus steht auf einem vollkommen unterhöhlten Boden und wenn dieser zum Vulkan wird und eine Eruption erfolgt, dann fällt die Schuld allein auf jene russischen Kreise, die mit einer Zähigkeit, wie sie einer besseren Sache würdig wäre, sich allen zeitgemäßen Neuerungen widersetzen und mit den alten Mitteln Peters I. und der famosen Katharina im zwanzigsten Jahrhundert noch auskommen wollen. Die Sympathie der Völker ist ganz gewiß nicht bei jenen Kosaken im Frack, die sich russische Diplomaten und Staatsmänner nennen. Sie ist bei dem russischen Volke, das um Befreiung aus der Nacht seines Elends und seiner Knechtschaft ringt. An dem Tage, da der russische Despotismus die Segel streichen muß, werden die freiheitlichen Bewegungen in ganz Europa freie Bahn haben.

Dem russischen Despotismus bleibt freilich noch ein verzweifeltes Mittel — wenn ihm die oppositionellen Elemente über den Kopf wachsen, so kann er jederzeit in Ostasien, in Afghanistan, am Balkan einen Weltbrand entzünden, bei dem er freilich seinen eigenen Untergang riskieren muß. Dieser Weltbrand wäre eine Unmöglichkeit, wenn die europäischen Regierungen, statt sich vor dem offiziellen Rußland zu ducken und demselben Freundschaftsbezeugungen zu erweisen, sich vielmehr gegen den zarischen Despotismus zusammenschließen wollten. Dazu wären freilich volkstümliche Regierungen erforderlich und nicht solche, die aus Bourgeois oder Aristokraten zusammengesetzt sind.

Von der Weltbühne.

Die Handlanger der Reaktion benutzen auch das Weihnachtsfest, um nach Unterdrückungsgesetzen zu schreien. So finden wir in einem Artikel, der „Weihnachten“ überschrieben ist, folgenden Erguß:

„Heftige Wahlkämpfe haben im abgelaufenen Jahr weite Volkskreise bewegt. Die Wahlerfolge der Sozialdemokraten verführen jene unter dem Einfluß dieser Partei stehenden Gewerkschaften den Arbeitgebern gegenüber vielfach zu Anforderungen, welche auch bei der gegenwärtigen Geschäftslage unerfüllbar, mitunter selbst mit einem geordneten Arbeitsverhältnis überhaupt nicht zu vereinbaren sind. Streiks auf der einen Seite, Aussperrungen auf der anderen Seite bringen nachteilige Folgen für alle Beteiligten wie für das gesamte Wirtschaftsleben mit sich. Schon beginnt ein System des Terrorismus gegenüber Arbeitern und Geschäftsleuten, welche der Sozialdemokratie nicht Heeresfolge leisten wollen, sich auszubilden, ein Terrorismus, der drückender ist als alles, was die politische Reaktion selbst in früherer Zeit zur Unterdrückung persönlicher und politischer Freiheit unternommen hat. Solche Zustände im Innern Deutschlands sind geeignet, mehr mit Sorge zu erfüllen als die entfernten Möglichkeiten irgendwelcher auswärtigen Verwicklungen.“

Jeder Leser wird wohl vermuten, daß dieser Erguß in der „Post“, den „Hamb. Nachrichten“ oder einem ähnlichen, von halbverrückten Söldlingen der Unternehmerverbände redigierten Blatt gestanden hat. Denn dieser Erguß will doch nur dem Erlaß eines Sozialisten- oder Zuchthausgesetzes die Wege ebnen. Und doch nennt sich das Blatt „Freisinnige Zeitung“. Es ist das Organ des Herrn Eugen Richter, welches wohl auf Subvention des Zentralverbandes deutscher Industrieller spekuliert. Um aber Eindruck zu machen, hätte der Verleumder doch wenigstens eine Gewerkschaft nennen müssen, die ihre Forderungen nicht aus inneren Gründen, sondern nach den Wahlerfolgen der Sozialdemokraten stellte; er hätte ferner die mit einem geordneten Arbeitsverhältnis unvereinbaren Forderungen näher bezeichnen müssen; auch hätte er den „Terrorismus“ näher kennzeichnen müssen. Wir sind aber sicher, daß der Schreiber nicht eine einzige Tatsache für seine Verleumdungen anführen kann. Zum Weihnachtsfest gehört ein Knecht Ruprecht. Was für furchtsame Kinder der Knecht Ruprecht, ist für den freisinnigen Spießbürger die Sozialdemokratie. So wird darauflos gedichtet. Wenn aber Richter an diese Behauptungen glauben sollte, dann wäre es unbegreiflich, weshalb er gegen das Sozialistengesetz, gegen das Umsturzgesetz und gegen das Zuchthausgesetz gestimmt hat. Das geschah, weil er wußte, daß das Material zur Begründung Lug und Trug war, aber jetzt macht er den Scharfmachern die Freude, zu behaupten, er habe damals gegen seine bessere Ueberzeugung gestimmt.

Einen Eideshelfer für seine Taktik hat Eugen Richter in einem ostpreußischen Landwirt gefunden, der in der „Königsbg. Hart. Ztg.“ seine Weisheit ablagert. Er schreibt da u. a.: Leider sei die freisinnige Partei auf dem Lande zu wenig in Konkurrenz mit der Sozialdemokratie getreten. Wo aber eine rege Agitation einsetzte, da habe man vielfach die Freude gehabt, daß gerade die Arbeiter freisinnige Stimmzettel verlangten. „Es läßt sich nachweisen, das in einer Reihe von Orten, wo 1898 viele sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben worden sind, diesmal deren Zahl stark geschwunden und entsprechend der Freisinnigen gestiegen war. Es ist das ein deutlicher Fingerzeig für unsere Partei, wie sie in Zukunft vorzugehen hat. Der gefährlichste Gegner steht links. Mit ihm werden wir in der Zukunft zu ringen haben. Den Sieg über ihn werden wir nur gewinnen, wenn wir schon jetzt bei jeder Gelegenheit die Wähler auf die Unmöglichkeit des sozialdemokratischen Zukunftsstaats hinweisen und sie warnen vor den schweren Gefahren, die solche Bestrebungen für das Gesamtwohl und damit auch für jeden einzelnen nach sich ziehen müssen. Jetzt sind die ländlichen Wählermassen größtenteils noch ein unbeschriebenes Blatt. Haben sie aus innerer Ueberzeugung sich erst einmal für eine Partei entschieden, so sind sie für die andere auf lange verloren. Darum wäre es der größte Fehler, den Gegensatz, in dem wir zu der Sozialdemokratie stehen, irgendwie oder bei irgend einer Gelegenheit zu verschleiern. Unsere Parole lautet: „Gegen die Reaktion!“ aber sowohl gegen die von rechts wie auch gegen die von links.“

Der neue freisinnige Prophet hätte gut getan, seine Behauptungen über den Rückgang „sozialdemokratischer Stimmen zahlenmäßig zu belegen. Die offizielle Statistik redet auch für Ostpreußen eine andere Sprache. Sowohl im Regierungsbezirk Königsberg, wie im Regierungsbezirk Gumbinnen sind die sozialdemokratischen Stimmen gewachsen, im ersteren von 34 446 auf 38 682, im letzteren von 11 198 auf 16 649. Nur die beiden Wahlkreise Pr. Holland-Mohrungen und Sensburg-Ortelsburg weisen einen minimalen Rückgang auf um 227 bzw. 45 Stimmen. Sollten diese beiden Junkerdomänen etwa das gelobte Land des Freisinns sein? Dann wird er noch lange warten müssen, bis er es betreten kann.

Daß der gefährlichste Gegner links steht, wollen wir dem Eideshelfer Richters gern zugeben. Konservatives Terrain könnten die Freisinnigen allenfalls noch erobern — wenn die Sozialdemokratie nicht wäre; Rückeroberungen bei der Sozialdemokratie zu machen, sind sie dagegen völlig unfähig. Das ist ja der Aerger. Aber dieser Aerger ist eben in der Politik ein schlechter Berater. Er verführt nur dazu, schwere Dummheiten zu machen. Daß die Reaktion rechts und links vom Freisinn stehen soll, ist eine Behauptung, die sich von vornherein als solche Dummheit qualifiziert. Sie ist auch nur Vorwand, der die größere Dummheit decken soll, daß die Freisinnigen aus Furcht vor der Sozialdemokratie und der von dieser ihnen gemachten Konkurrenz die wirklichen Reaktionäre unterstützt haben. Die ganze Wahltaktik des Richterschen Freisinns beruht nicht auf sachlichen Erwägungen, sondern nur auf der Erwägung, wo und wie noch von den freisinnigen Mandaten etwas zu retten ist. Der Sozialdemokratie gegenüber blühen da dem Freisinn nur noch wenige Erfolge. Mit der scharfen Kampfstellung gegen diese hofft man die Hülfe der Junker zu gewinnen. Ueber die Erfolge, die der Freisinn mit der Schilderung der „Unmöglichkeit“ des sozialistischen Zukunftsstaates zu erzielen vermag, kann Herr Eugen Richter ja persönlich ein Wort mitreden. Sollte ihm da nach neuen Lorbeeren gelüsten?

Schutzzoll und hohe Tarife sind die breiten Mittel, mit denen die Agrarier Wucherprofite erzwingen wollen. Mit der Zollgesetzgebung im Reichstage und den Eisenbahntarifen in den Landtagen läßt sich ja manches erreichen; aber es ist ein lästiger Konkurrent der Eisenbahnen vorhanden, das sind die Flüsse und Ströme. In dieser Zeit, in der man auf Mittel zur Hinderung des Verkehrs sinnt, taucht nun auch die Frage der Wasserabgaben für die Schiffahrt auf natürlichen Flußläufen wieder auf. Die Agrarierblätter schleppen alles erreichbare Material zusammen, um wieder Zustände zu schaffen, wie sie in vergangenen Jahrhunderten bestanden, als jeder Uferstaat sich einen Teil der Ladung der Schiffe aneignete. Die „Kreuz-Zeitung“ nennt die Beseitigung der Abgaben ein für die Schiffahrt geschaffenes Privilegium. Sie gräbt alte Schriften aus, in denen man sich gegen die Abgabenfreiheit gewandt hat, und hat nun auch im Archiv für Eisenbahnwesen von 1886 einen Artikel des früheren Unterstaatssekretärs Lehmann gefunden, der zu folgenden Ausführungen ausgenutzt wird:

„Bei der Feststellung der Eisenbahntarife wirkt der Staat im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse mit. Er verlangt die volle Oeffentlichkeit der Tarife und seit der Verstaatlichung sind berufene Körperschaften, die Bezirkseisenbahnräte und der Landeseisenbahnrat, eifrig bemüht, daß die Ordnung der Tarife unter tunlichst gleichmäßiger Wahrung aller beteiligten Interessen wie des Interesses der Gesamtheit erfolgt.

„Dagegen ist der Staat nicht in der Lage, die Frachten der Wasserstraßen irgendwie zu beeinflussen, obwohl nicht nur das allgemeine Verkehrsinteresse, sondern auch die Aufwendungen des Staates zur Unterhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit der großen Ströme eine solche Einwirkung begründen. Seit der Beseitigung der Schifffahrtsabgaben ist die Frachtenbildung auf den Wasserstraßen völlig frei und wird inmitten der freien Konkurrenz bestimmt. Die Schiffsfrachten werden weder veröffentlicht noch sind sie gleichmäßig und stetig. Ihre Bemessung wird nicht in Einklang gehalten mit den Absichten der allgemeinen Wirtschaftspolitik, und deshalb werden diese Absichten durch den Wasserstraßenverkehr vielfach durchkreuzt. Die Weizeneinfuhr rheinaufwärts über die deutsche Zollgrenze bei Emmerich stieg von 298 000 t in 1882 auf über 1 000 000 t in 1898. Diese außerordentliche Entwicklung der Einfuhr auf dem Rhein ist auch deshalb bedenklich, weil sie auf Kosten der deutschen Seehäfen erfolgt.

„In seinem Aufsatz warf Lehmann die Frage auf, ob eine fortschreitende Abdrängung des Verkehrs von der Eisenbahn auf die Wasserstraße als zur Befriedigung unabweisbarer Bedürfnisse des Verkehrslebens notwendig anzusehen ist und ob den Nachteilen, die den finanziellen Interessen der Gesamtheit aus der Verminderung des Eisenbahnverkehrs unmittelbar erwachsen, solche Vorteile für anderweitige Interessen gegenüberstehen, daß die finanziellen Einbußen einfach ertragen werden müssen. Schon damals sprach Lehmann die Meinung aus, daß die angedeuteten Bedenken in verschiedenen Beziehungen gegenüber Vorschlägen auf Herstellung neuer Wasserstraßen zur Geltung kommen müssen und eine gewisse Vorsicht im Eingehen auf solche Pläne geboten erscheinen lassen.

„Inzwischen sind diese Bedenken stärker hervorgetreten und klarer erkannt worden.“

Hier rückt das Junkerblatt einmal mit der Sprache heraus und giebt zu, daß die Frachtsätze auch mißbraucht werden. Denn die Bemessung der Höhe, um die Absichten der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu erreichen, heißt doch nichts anderes, als die Wucherzölle durch hohe Tarife zu verschärfen. Das kann durch die Schifffahrt gemildert werden und darum möchte man einen Zöllner hinstellen, der die Zölle erheben soll, welche der Grenzzöllner nicht nehmen darf, weil die Grenzzölle durch Verträge gebunden sind. Was sonst das Junkerblatt anführt, ist nicht stichhaltig. Wohl ist der Wassertransport erheblich gestiegen, aber nicht auf Kosten der Eisenbahnen. Während die vollspurigen Eisenbahnen 1882 an Gütern 15 036 Millionen Tonnenkilometer befördert haben, stieg die Zahl 1901 auf 32 989 Millionen Tonnenkilometer. Auch die Rücksicht auf die deutschen Seestädte ist Heuchelei. Erschwert man die Rheinschifffahrt durch Stromzölle, dann werden dadurch Hamburg und Bremen nicht gewinnen. Die Stromzölle würden die Schifffahrt auf der Weser und der Elbe gerade so schädigen wie auf dem Rhein, und Hamburg und Bremen würden genau so getroffen wie Antwerpen und Rotterdam. Die Grundidee der ganzen Bewegung ist, den Verkehr, den man durch Grenzzölle nicht totschlagen kann, durch Stromzölle zu erdrosseln.

Die schweren Mißstände im Heerwesen, welche im Parlament und in der Presse in den letzten Wochen besonders eingehend behandelt worden sind und demnächst im Reichstage eine weitere Behandlung erfahren dürften, werden auch von einsichtsvollen Militärs unumwunden zugegeben. Eine kürzlich erschienene Schrift „Stillgestanden“ von Hauptmann a. D. E. Glauffen, der sich als sonst durchaus militaristisch gesinnten Mann gibt, übt freimütige Kritik am Offizierkorps, von dem er meint, daß es an innerem Wert verloren habe, und betont namentlich den immer fühlbarer werdenden Gegensatz zwischen reichen und armen Offizieren. Er äußert sich auch über das Kapitel der Soldatenmißhandlungen und führt sie zum guten Teil auf die vielen Besichtigungen und Vorstellungen zurück, die Offiziere und Mannschaften nervös machen und dadurch zu einer Unzahl von Mißhandlungen und Strafen führen. „Es wimmelt im Dienst von Brigade-, Regiments-, Bataillons- und Kompagnie-Konkurrenz-Unternehmungen und Examenmätzchen.“ Es wird ferner gezeigt, daß die übermäßig übertriebenen Konkurrenz-Drillübungen zur Quälerei für die Mannschaften und eine Quelle der „Soldatenmißhandlungen“ werden, auch wenn es sich nicht um direkte Mißhandlungen, sondern um dienstliche Quälereien handelt. „Bei solcher übertriebenen Anspannung wird dann auch von Leutnants und Unteroffizieren oft Unerhörtes gefordert, und es ist wahrlich kein Wunder, daß die Mißhandlungen nicht abnehmen trotz aller schönen Ermahnungen, denn unerhörte Leistungen können nur mit unerhörten Ansprüchen an den Untergebenen erreicht werden.“

Diese Darstellung ist wahrheitsgetreu. Namentlich trifft das von dem Hinweis auf die mittelbaren Mißhandlungen zu, auf die Quälereien im Dienst, die als „dienstlicher Uebereifer“ aufgefaßt und damit der Ahndung nach dem Militärstrafgesetzbuch entzogen werden. Das „Schleifen“ oder „Verbimsen“ in der Rekrutenzeit — wenn die Rekruten unzählige Male Gewehrübungen machen oder den Kasernenhof durchlaufen, Hinlegen und Aufstehen üben müssen u. s. w. — ist jedem Soldaten bekannt, aber ebenso auch, daß es keine Abhülfe dagegen gibt, wenn nicht die Vorgesetzten selbst gegen diese Ueberspannung der Kräfte aus freien Stücken eintreten; dazu müßten sie allerdings oft unvermutet visitieren; denn häufig werden derartige Uebungen in die Zeit der Abwesenheit der Kompagniechefs verlegt. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ macht übrigens darauf aufmerksam, daß auch sonst die schwersten Mißhandlungen in die Zeit nach Beendigung des Dienstes oder während des „kleinen Dienstes“ auf den Stuben fallen, der sich meist ohne Aufsicht vollzieht, und daß hiergegen die einzige Abhülfe in häufigen vorher nicht angekündigten Revisionen, auch Nachts, besteht.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, wie problematisch das Beschwerderecht in den Mißhandlungsfällen ist. Das wird der „Frkf. Ztg.“ in mehreren Zuschriften bestätigt. So wird in einer Zuschrift eines früheren Einjährigen erzählt, daß dieser bei einer Gefechtsübung vom ausbildenden Unteroffizier einen Fußtritt erhielt; als der Einjährige aber noch, unter Widerraten seiner Kameraden, das Vorbringen einer Beschwerde erwog, erklärte ihm der Unteroffizier, daß er ihn wahrscheinlich wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft usw. melden werde, da der Einjährige beim Empfang der „harmlosen Berührung“ den Unteroffizier nicht nur drohend angesehen, sondern auch seinem Unwillen durch Brummen Luft gemacht habe. Bei den herrschenden militärischen Auffassungen zog es der Einjährige, obgleich er sich keines Verschuldens bewußt war, unter diesen Umständen vor, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Ein Fall, der sicher nicht vereinzelt dasteht.

Das Präsidium des preußischen Abgeordnetenhauses. Freikonservative Zeitungsstimmen haben dieser Tage das Gerücht verbreitet, daß im preußischen Abgeordnetenhause die Nationalliberalen die Quittung erhalten sollen für ihr „schlechtes Verhalten“ gegenüber den Konservativen bei den letzten Landtagswahlen; es solle diesmal der Posten des zweiten Vizepräsidenten nicht, wie bisher, den Nationalliberalen, sondern den Freikonservativen überlassen werden. Das Berliner Organ des Bundes der Landwirte schreibt dazu: „Wir hegen starke Zweifel an dem Vorhandensein einer solchen Absicht. Sie würde der fast immer geübten parlamentarischen Gepflogenheit widersprechen. Diese Gepflogenheit geht bekanntlich dahin, daß die drei Präsidentensitze in der Regel den drei stärksten Parteien überlassen werden. Die drei stärksten Parteien im Abgeordnetenhause waren während der letzten Legislaturperiode die konservative, das Zentrum und die nationalliberale. An diesem Verhältnisse hat sich durch die Wahlen nichts geändert. Die nationalliberale Partei ist noch immer die drittstärkste und hat somit, wenn man so sagen darf, ein gewisses parlamentarisches Gewohnheitsrecht auf den Posten des zweiten Vizepräsidenten. Wir glauben kaum, daß man ihr diesmal dieses Gewohnheitsrecht streitig machen werde. Es liegt auch unseres Erachtens dazu keine ausreichende Veranlassung, vor, obwohl wir ohne weiteres zugeben, daß die Mißstimmung der Konservativen gegen manche nationalliberale Kreise vollkommen berechtigt ist.“

Uebrigens wird dem Blatte von „sachkundiger Seite“ versichert, „daß irgendwelche Verabredungen über die Besetzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses noch nicht stattgefunden haben und nach Lage der Sache auch nicht stattfinden konnten“.

Zur Reichstagsersatzwahl im 22. sächsischen Kreise, die bekanntlich am 5. Januar stattfinden soll, wird der „Deutschen Tageszeitung“ aus Dresden geschrieben: „Die Sozialdemokraten entwickeln eine ungemein lebhafte Agitation . . . . Wenn man daraus schließen wollte, daß die Sozialdemokratie mit dem Verluste des Kreises rechnet, so würde das ein Fehlschluß sein. Der Wahlkreis ist den Genossen unbedingt sicher, sie agitieren nur, weil ihnen die Agitation um ihrer selbst willen Bedürfnis ist. Der Gegenkandidat, Graf Hoensbroech, hat eine Ansprache an die Wähler veröffentlicht, in der er ziemlich scharf über den Dresdener Parteitag urteilt. Damit wird freilich nicht aus der Welt geschafft, daß er unter gewissen Umständen ein Bündnis mit der Sozialdemokratie und den Eintritt von Sozialdemokraten in das preußische Herrenhaus empfohlen hat. Wie verlautet wird Graf Hoensbroech nur einige wenige Versammlungen abhalten. Auch daraus ist zu schließen, daß er selbst und seine Freunde einen Erfolg für ausgeschlossen halten.“

Dem „Vorwärts“ wird in derselben Sache geschrieben: Einen Fuchs, dem die Trauben saur scheinen, stellt diesmal der Graf v. Hoensbroech im 22. sächsischen Wahlkreise dar. Er wurde, wie man es aus seinen „Offenen Briefen“ entnimmt, zur nochmaligen Kandidatur gebracht, weil man mit einem anderen Kandidaten noch größeres Fiasko zu machen glaubt und weil — man noch angeblich für über M 10 000 „Sorgen“ von der letzten Wahl hat. Es soll diesmal möglichst wenig oder nichts kosten, und Herr Hoensbroech will höchstens in drei Versammlungen (am 2., 3. und 4. Januar) sprechen; was soll man sich auch Mühe geben, wenn die Trauben so hoch hängen. Er schreibt fleißig Artikel gegen die Sozialdemokratie, die aber nicht einmal die Mischmaschpresse vertreten will und sie daher als Inserate bringt. Nebenbei sei bemerkt, daß er in der vorletzten Epistel an die Dummen sich zu der Behauptung versteigt, in Dresden wäre bei der Rede Göhres öffentlich das Christentum „pöbelhaft, gemein beschimpft“. Und Bebel hätte die Gewalt in Dresden proklamiert und gedroht, „alles in Trümmer zu schlagen!“ Diese offenbaren Unwahrheiten sind gewiß ein Beweis dafür, wie wenig es der Herr Graf notwendig hatte, sich von den Jesuiten loszusagen, er könnte ihnen noch immer als leuchtendes Beispiel dienen.

Genosse Adolf Hoffmann, der sozialdemokratische Kandidat des Kreises, welcher nur einmal in allen Orten des Kreises, wo wir einen Saal erhalten, gesprochen hat, nagelte die Verdrehungen des Herrn Grafen an, indem er feststellte, daß, wenn das Christentum „pöbelhaft beschimpft“ wäre und Bebel in Dresden zur Gewalt aufgefordert hätte, die Beamten, welche den Parteitag überwachten, ihre Pflicht vernachlässigt haben müssen, da sie weder eingriffen, noch bis heute einer der Schuldigen angeklagt ist —, hielt es nunmehr der Herr Graf doch für rätlich, in seiner letzten Epistel an „die, welche nicht alle werden“, in bezug auf Bebel ein paar Löcher zurückzustecken und sich selber zu rektifizieren — „er wollte nur sagen, es mache den Eindruck.“

Unsere Genossen im 22. sächsischen Wahlkreise werden am 5. Januar dem Ex-Jesuiten einen Marsch blasen, der ihm für alle Zeit das Wiederkommen verleidet. —

Ein Wahlbeeinflussungsprozeß spielte sich in voriger Woche vor der Strafkammer in Saarbrücken ab. Es handelte sich um einen Beleidigungsprozeß, den die Bergwerksdirektion, beziehungsweise deren Vorsitzender Geheimrat Hilger (als Nebenkläger) gegen den Redakteur Lehnen von der „Neunkirchener Zeitung“ angestrengt hatte. Die Zahl der Zeugen betrug etwa 150. Die Beleidigung soll begangen worden sein durch drei Artikel, die die „Neunkirchener Zeitung“ der „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ entnommen hatte. Die Artikel erschienen als Antwort auf eine Rede Hilgers im April dieses Jahres.

Der Prozeß wurde von vornherein charakteristisch durch die zu Beginn der Verhandlungen erfolgte Mitteilung, daß Oberbergrat Raiffeisen-Berlin, Bergmeister Adams-Hamm nicht die Genehmigung zur Zeugnisabgabe vom Minister erhalten haben. Die Entscheidung des Ministers erfolgte auf Grund eines Berichtes des Herrn Hilger. Klägerischerseits waren neben unteren Beamten sämtliche Direktoren der Bergwerksdirektion Saarbrücken geladen, an die folgende Fragen gerichtet wurden: 1. daß sie niemals in irgend einer Form, weder mündlich noch schriftlich, seitens der Bergwerksdirektion oder des Vorsitzenden derselben Anweisung darüber erhalten haben, diejenigen Bergleute, die für den Zentrumskandidaten gestimmt haben, zu schikanieren, schlecht zu behandeln, zu verlegen, oder ihnen sonst einen Nachteil zu bereiten; 2. daß sie niemals an die ihnen nachgeordneten Beamten eine solche Anweisung gegeben haben; 3. daß ihnen niemals bekannt geworden ist, daß Steiger unter sich Verabredungen getroffen hätten, Bergleute wegen ihrer Stimmenabgabe zu bedrücken, daß sie dies für ausgeschlossen halten; 4. daß sie niemals von der Bergwerksdirektion oder deren Vorsitzenden Anweisung erhalten haben, die Beamten der Berg-